

66 GROSCHEN KRANKENGELD...
 Das Geburtsjahr unseres Schilling (und mein eigenes)
 im Spiegel der Statistik
 Von Horst KNAPP

Bei Nationalökonomien tritt die Dementia senilis – weniger wissenschaftlich: der Altersblödsinn – in zwei Formen auf. Die schwerere ist die Hinwendung zur Soziologie, die leichtere ein Faible für (Wirtschafts-)Geschichte.

An offiziellen Anlässen, diesem Drang zu frönen, wird es gerade heuer nicht mangeln. Umso weniger (es sei denn mit dem bei jedem runden Geburtstag zu gewärtigenden Schub des eingangs eingestandenen berufsbedingten Altersleidens) zu entschuldigen ist das Kramen in historischen Daten auch noch aus privatem Anlaß. Die einzige – an den Haaren herbeigezogene – Rechtfertigung, Vergleiche ausgerechnet mit dem Jahr 1925 anzustellen, ist die, daß in dieses Jahr auch der Geburtstag des Schilling fällt: Am 12. Dezember 1924 im Parlament gezeugt, erblickte der Schilling am 1. März 1925 als gesetzliches Zahlungsmittel das Licht der Welt.

Das hinderte freilich auch noch viele Jahre später ältere Menschen nicht daran, von einem „Tausender“ zu sprechen, wenn sie ein Zehn-Groschen-Stück meinten, um das man damals ein Stanitzel Eis bekam (und beim Kauf einer Korrespondenzkarte noch 2 Groschen zurückbekam), aber schließlich haben sich in Frankreich die älteren Leute bis heute noch nicht in den Nouveau Francs gewöhnt, und der ist schon vor 25 Jahren (am 1. Jänner 1960) eingeführt worden.

Ein Blick auf die damaligen Indexzahlen zeigt nur allzu deutlich, warum die Umstellung auf eine neue Währung überfällig war. Der von der

Paritätischen Kommission (kein Druckfehler; eine Institution dieses Namens hatte es auch vor 60 Jahren gegeben); der von besagter Paritätischer Kommission berechnete Index für den wöchentlichen Gesamtaufwand für eine Person stand im April 1925 mit Wohnungskosten auf 13.432 und ohne diese auf 16.534, der vom Bundesamt für Statistik ermittelte Index für den Ernährungsaufwand pro Person in vier Wochen sogar auf 19.499, beides auf der Basis Juli 1914; diese jedoch nicht gleich 100, sondern gleich 1 gesetzt (1)... (Aber auch mit der uns vertrauteren Basis konnte das Bundesamt für Statistik dienen: Auf der Basis Jänner 1921 = 100 hatte der Index für den Ernährungsaufwand im April 1925 immerhin 26.448 erreicht.)

Wobei, genau umgekehrt wie heute, den hohen Indexwerten niedrige absolute Zahlen gegenüberstanden. Bedeutet beispielsweise der VPI-Stand von 148,1 im Jahre 1984, daß die 2,86 Personen des statistischen Durchschnittshaushaltes monatliche Verbrauchsausgaben von 14.491 S tätigten, so besagte im April 1925 ein Index von 18.461, daß eine Wiener Arbeiterfamilie – damals noch im Durchschnitt 4,65 Personen – im Monat einen Lebensmittelverbrauch im Wert von 155,92 S hatte. Das deckt sich ungefähr mit den 44,01 Schilling, die das Bundesamt für Statistik

(1) Der Dezember 1913, ebenfalls gleich 1 gesetzt, war die Basis des Aktienkursindex, der im April 1925 auf 1.085 stand, um 58 % niedriger als noch im Dezember 1923.

für den Ernährungsaufwand für eine Person in vier Wochen ermittelt hatte, und mit den 71,08 Schilling, die die Paritätische Kommission einer Person an Gesamtaufwand binnen vier Wochen zubilligte.

Wochenlohn 12 Schilling...

Nicht so leicht in Einklang zu bringen war dieser Gesamtaufwand mit dem Einkommen eines Alleinverdieners: Gewiß, ein Bankbeamter brachte es nach 25 Dienstjahren auf gut 500 S (501,69 S), aber das Anfangsgehalt eines Bankbeamten betrug nur 110 S (so er männlichen Geschlechts war; Frauen begannen mit knapp 100 S und waren nach 15 Jahren bei nicht ganz 375 S angelangt). 410 bis 530 S betrug das Höchstgehalt für höchstqualifizierte Versicherungsangestellte mit 30 Dienstjahren, und auf sogar über 600 S brachte es im 26. Dienstjahr ein leitender Beamter in der Sozialversicherung.

Aber eine Stenotypistin ging mit durchschnittlich 162 S, eine Telephonistin mit 145 S heim; der Wochenlohn einer Textilarbeiterin lag bei 24 Schilling, und in der Metallindustrie galt für eine noch nicht 16jährige Hilfsarbeiterin ein Kollektivvertragssatz von 12,48 – nicht viel mehr, als ein Herrenhemd oder aber ein Kilogramm Bohnenkaffee kostete (beides 10,40 S; bis zum ersten Halbjahr 1984 hatte sich das ‚Index-Hemd‘ auf 398 S, der Bohnenkaffee nur auf 136,40 S verteuert. Malz- und Feigenkaffee – damals mit 1,50 und 1,60 S pro Kilo das übliche Frühstücksgetränk der kleinen Leute, sind im heutigen Warenkorb nicht mehr enthalten).

Maurer brachten es im April 1925 in Wien auf einen Wochenlohn von 68 Schilling, Buch-

drucker auf 60 Schilling, Schlosser und Dreher in Maschinenfabriken auf 50 bis knapp 55 Schilling, ebenso „Zahlmarköre“ im Kaffeehaus. Selbst ein Bauingenieur mit abgeschlossener Hochschulbildung verdiente brutto nur 330 Schilling im Monat, und doch sind meine frühen Kindheitserinnerungen überschattet von den ständigen Klagen meiner Mutter darüber, daß sie mit den 10 Schilling an täglichem Haushaltsgeld nicht auskomme, die mein Vater als Taxibesitzer gerade noch zu verdienen vermochte.

Autodichte verdreihundertfacht

Apropos Taxi: Unter den 9.771 Personenkraftwagen, die am 31. Dezember 1924 zum Verkehr zugelassen waren, befanden sich 2.538 (26 %) Taxis. Unter den 2.462.753 Personenkraftwagen und Kombis, die 60 Jahre später angemeldet waren, die Taxis eigens auszuweisen, zahlt sich statistisch nicht mehr aus. Vernachlässigt man den darin liegenden Fehler, hat sich die ‚Privatautodichte‘ binnen sechs Jahrzehnten von einem Auto je 903,5 Einwohner (Volkszählung 1923: 6.535.363 Einwohner) auf ein Auto je 3,07 Einwohner (fortgeschriebene Bevölkerung am 1. Jänner 1984: 7.555.338) verdreihundertfacht. (LKWs gab es Ende 1984 etwa 40mal so viele wie Ende 1924 – 202.656 gegen 5.115 –, Motorräder und Mopeds – 645.055 gegen 10.406 – gut 60mal so viele.)

Nicht zuletzt in der Motorisierungsdichte spiegelt sich die gewaltige Wohlstandssteigerung wider: Das Per-capita-Sozialprodukt, das (zu Preisen 1976) im Jahre 1925: 26.451 S betragen hatte, dürfte heuer 117.636 S erreichen, also das 4,45fache; das entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 2,52 % (beim BIP insgesamt 2,75 %). Wer solchen Globalzahlen mißtraut,

(60 Jahre Seite 3)

sehe sich die Änderung der Verbrauchsstruktur im Sinne des Engelschen Gesetzes an: Der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an den Jahresausgaben von Arbeitnehmerhaushalten ist im Durchschnitt von 57,47 % im Jahre 1925 auf 26,7 % im Jahre 1983 zurückgegangen; bei der obersten Kategorie (damals über 5.000 S, jetzt über 223.200 S jährlich) von 48,58 % auf 24,0 %, bei der untersten Kategorie (unter 2.000 bzw. unter 194.400 S) sogar von 78,31 % auf 28,0 %. (Und noch ein immerhin bezeichnendes Kuriosum: Auf die Post „Landaufenthalt“ entfielen in der Aufwandstatistik 1925 durchschnittlich 0,95 %. 1983 machten vom privaten Konsum gemäß VGR allein die „Ausgaben im Ausland“ 6,8 % aus.)

Besonders schlecht dran waren vor 60 Jahren natürlich die Arbeitslosen, deren es im April 1925 immerhin 192.975 (davon 148.434 unterstützte) gegeben hatte, um 51,5 % (79,9 %) mehr als ein Jahr vorher. (Im April 1984 waren 132.882 Arbeitslose vorgemerkt, von denen 102.505 Unterstützung bezogen; der Vergleich mit 114.186 Vorgemerkten und 82.524 Unterstützungsempfängern im April 1924 täuscht allerdings insofern, als sich 1924 die Zahl der Beschäftigten nur auf 2,052 Millionen, 1984 jedoch auf immerhin 2,745 Millionen belaufen hat; die Arbeitslosenrate war im April 1924 mit etwa 5,3 % etwas höher als im April 1984 mit 4,7 %.) Selbst vor der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung am 1. September 1924 hatte diese nur, je nach bisherigem Verdienst und Familiengröße, monatlich 3,36 bis 3,85 S in der untersten und 14,— bis 21,70 S in der obersten

Lohnklasse betragen. (Arbeitslosengeld 1984 täglich S 45,40 bis 251,50 S zuzüglich monatlich 480 S je erhaltenem Familienmitglied.)

Krankengeld = 1 Kilo Brot

Kaum besser erging es Beziehern von Krankengeld, das, mit der Dauer der Krankheit ansteigend, pro Tag in der untersten Lohnstufe 66 bis 96 Groschen — zum Vergleich: ein Kilo Brot kostete 56 Groschen, ein Liter Milch 52 Groschen — und in der obersten Lohnstufe 3,— bis 3,50 S ausmachte, gerade genug, um ein Kilogramm Rindfleisch um 3,40 S zu erstehen. (Die Preisrelationen waren übrigens vor 60 Jahren zum Teil wesentlich anders beschaffen: So etwa war Schweinernes mit 4,40 S wesentlich teurer als Kalbfleisch mit 3,80 S; im ersten Halbjahr 1984 kosteten die ‚Indexsorten‘ beim Schweinefleisch 62,80 bis 112,— S, beim Kälbernen dagegen 163,— bis 222,— S. Die Relation zwischen dem Milch- und dem Butterpreis war damals 1 : 13,8, im ersten Halbjahr 1984 hingegen nur 1 : 7,3. Das Haareschneiden kostete nicht einmal halb soviel wie ein Kilo Margarine — 1,20 gegen 2,80 S, schon vor einem Jahr kostete es mehr als doppelt soviel, nämlich 65,20 gegen 31,12 S, usw.)

Doch um nicht immer nur Löhne und Preise zu vergleichen: Die Hektarerträge in der Landwirtschaft sind von 1925 bis 1983 gewaltig gestiegen: bei Weizen von 14,8 auf 45,3 Meterzentner, bei Roggen von 14,3 auf 37,3 und

bei Mais sogar von 19,4 auf 69,9 Zentner; aber auch die Verdoppelung bei Kartoffeln (von 117,4 auf 249,2) und bei Zuckerrüben (von 244,1 auf 480,6 Meterzentner) läßt sich sehen. An Kühen gab es zwar im Dezember 1983 um 7 1/2 % weniger, aber die Milchproduktion war – leider – um gut die Hälfte höher (unter Zugrundelegung eines spezifischen Gewichtes von 1,03 sind die 3,671 Mill. t des Jahres 1983 um 53,7 % mehr als die 2,318 Mill. l des Jahres 1923. Pro Kopf der Bevölkerung waren das damals 355 Liter; 60 Jahre später hätten wir 472 Liter konsumieren sollen).

Erst in den Anfängen gesteckt ist damals der Fremdenverkehr: Aus 14,68 Millionen Übernachtungen im Fremdenverkehrsjahr 1924/25 sind 1983/84 (trotz dem Rückgang seit 1980/81) 113,95 Millionen geworden – das 7 3/4fache –, aber mehr als versiebenfacht (von 99.000 auf fast 698.000) hat sich auch die Zahl der Betten in gewerblichem Beherbergungsbetrieben (und immerhin mehr als versechsfacht auch jene in Privatquartieren), so daß die Auslastung der Bettenkapazität heute nicht viel besser ist als schon vor 60 Jahren.

Ein wenig zwiespältig ist auch das Bild, das ein Vergleich der Exportleistung 1925 und 1984 vermittelt: Insgesamt ist natürlich die Auslandsverflechtung jetzt viel enger – die Exporte im weiteren Sinn nahmen von 21,2 % auf 37,6 % des BIP zu, die Importe im weiteren Sinn von 22,0 % auf 37,8 %, und auch die Warenexporte stiegen von 19,1 % auf 24,5 % des BIP –, aber immerhin war der Fertigwarenanteil am österreichischen Export im Jahre 1925 mit 73,3 % höher als 1984 der Anteil an Investitions- und Konsumgütern (64,5 %).

Andererseits ist die Handelsbilanz heute ausgeglichen (Defizit 1925: 33,4 %, 1984: 19,8 % der Importe), und regional ist die österreichische Exportstruktur nicht wiederzuerkennen: 1925 waren noch 46,1 % der Ausfuhr in den Osten (einschließlich Jugoslawien) gegangen, 1984 nur noch 14,5 %, obwohl mittlerweile die DDR hinzugekommen ist. (Bei den Importen ging der Ostanteil sogar von 48,8 auf 12,7 % zurück.) Andererseits nimmt uns heute die BRD mit 29,6 % anteilig doppelt soviel Waren ab wie 1925 das Deutsche Reich (15,1 %), und auf der Einfuhrseite ist sogar ein Anstieg von 15,8 auf 39,9 % eingetreten.

Als es noch einen Budgetüberschuß gab...

In einem Punkt allerdings können wir unseren Vorvätern vor 60 Jahren nicht das Wasser reichen: Das Budget 1925, das im Voranschlag noch ein (Brutto-)Defizit von 57,6 Mill. S (= 0,6 % des BIP) aufgewiesen hatte, schloß mit einem Überschuß von 76,5 Mill. S (= 0,75 % des BIP). Die größten Ausgabenposten waren – in Prozent des Budgetvolumens – Soziale Verwaltung 20,2 % (Voranschlag 1985: 23,9 % *2*), Pensionen 16,6 % (7,0 %), Staatsschuld 16,0 % (15,4 %), Bundesbahndefizit 7,1 % (2,1 %) und Heerwesen 6,9 % (3,5 %). Von 898,62 Mill. S Steuereinnahmen (= 8,8 % des BIP; 1985 Voranschlag 336,16 Mrd. S = 24,5 % des BIP) waren

(2) Um den Vergleich mit dem Nettobudget 1925 herzustellen, wurden zu den Ausgaben der Hoheitsverwaltung (388,68 Mrd. S) nur die Ausgabenüberschüsse der Bundesbetriebe (94,34 Mrd. S) hinzugefügt, so daß die Bezugsgröße 483,02 Mrd. S beträgt.

(60 Jahre Seite 5)

285,26 Mill. S oder 31,7 % auf direkte Steuern entfallen; 1985 sollen es 44,5 % sein, so daß die BIP-Belastung mit direkten Steuern in diesen 60 Jahren von 2,8 % auf 10,9 % gestiegen ist. (Der Budgetüberschuß 1925 hängt allerdings auch damit zusammen, daß gemäß den am 26. November 1922 auf internationalen Druck beschlossenen Sparmaßnahmen bis zum 14. März 1925: 84.362 Beamte – darunter allein 47.241 Eisenbahner – abgebaut worden waren.)

Und der frischgeborene Schilling? Die Zinslandschaft, in die er hineingeboren wurde, trug noch deutliche Spuren der Inflationsbekämpfung: Bankrate 13 %, Privatdiskont für Wechsel aus allererster Hand 11,12 %, Prime Rate 18,15 %, Habenzinsen für sofort abhebbare Einlagen 10 %. Dennoch stieg das gesamtwirtschaftliche Preisniveau 1925 noch um 4,1 %. Im Jahre 1937 allerdings war es – nach einem Rückgang um 6,1 % seit dem Höhepunkt im Jahre 1929 – sogar wieder etwas niedriger als 1925 (– 0,8 %), so daß der ‚alte‘ Schilling während seiner fast genau 12jährigen Geltungsdauer eine absolut stabile Währung war.

Für 1985 dürfte sich auf der Basis 1925 = 100 für den BIP-Deflator (*) ein Indexwert von

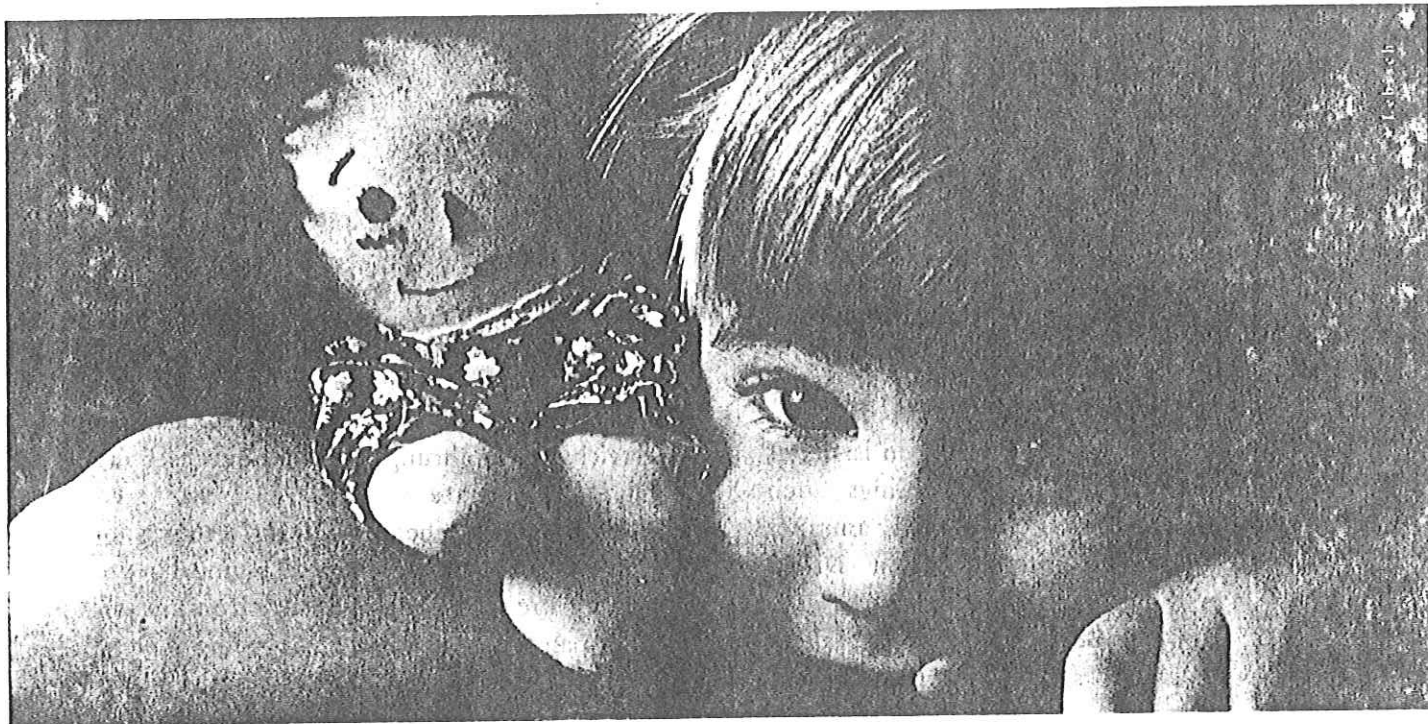
(*) BIP-Deflator: Sprachlich unglücklicher Ausdruck für die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung müssen die ermittelten nominellen Zuwachsraten (des Brutto-Inlandprodukts und seiner Teilgrößen) um den Preisanstieg bereinigt („deflationiert“) werden, damit sich die zumeist entscheidenden realen Zuwachsraten erkennen lassen.

2.410 errechnen. Das entspricht für die 60 Jahre, die – wenn auch mit einer siebenjährigen Unterbrechung – der Schilling nunmehr die österreichische Währung ist, einer durchschnittlichen Inflationsrate von 5,45 % bzw. einem jahresdurchschnittlichen Kaufkraftverlust von 5,17 %. (Stellt man dieselbe Rechnung für den impliziten Preisindex des privaten Konsums an, kommt man fast zu demselben Ergebnis: Anstieg des Preisniveaus auf das voraussichtlich 23,8fache, mittlere Inflationsrate 5,43 %, jährlicher Kaufkraftschwund 5,15 %.)

Und zu – wirklich – guter Letzt noch ein Vergleich: 1925 waren durch Streiks, die im Durchschnitt 15,5 Tage dauerten, 657.022 Tage, und durch Aussperrungen – mittlere Dauer 27,9 Tage – 495.234 Tage, insgesamt also 1.152.256 Arbeitstage verlorengegangen. 1984 kosteten zwei Streiks von durchschnittlich 16 1/4 Stunden die österreichische Wirtschaft 4.349 Arbeitsstunden. Oder je Arbeitnehmer damals 4,6 Stunden und 1984: 5,7 Sekunden...

P.S.: Die Daten für 1925 bzw. 1924 stammen fast ausnahmslos aus den Jahrgängen 1925 und 1926 des von der Wiener Arbeiterkammer herausgegebenen „Wirtschaftsstatistischen Jahrbuches“. BIP- und Beschäftigten-daten für alle Zwischenkriegsjahre enthielt letztmals die Ausgabe 1977 des „Statistischen Handbuches“.

„Redet nicht, tut etwas!“ HERMANN GMEINER



Manuela hatte keine Kindheit und kein Zuhause. Im SOS-Kinderdorf lebt sie nun in einer Familie und ist glücklich.

WARUM lebt Manuela wohl in einem SOS-Kinderdorf?

WARUM kümmern sich nicht ihre Eltern oder Verwandten um sie?

WARUM soll ausgerechnet ich helfen?

WARUM? Weil Kinder in Not jede Hilfe brauchen, die sie bekommen können.

Die SOS-Kinderdörfer geben Kindern in Not ein neues Zuhause. Wenn Sie mehr über die SOS-Kinderdörfer wissen möchten, rufen Sie bitte: (05 12) 5918-0. Wenn Sie helfen wollen, helfen Sie: P.S.K.-Kto. 2.390.000. Danke!

